

Alles unter Berufung auf den Herrn

Die USA auf dem Weg zur Weltmacht

von Rainer Werning

Der Drang in den »Wilden Westen« beruhte auf der ungestümen wirtschaftlichen Entwicklung an der Ostküste der Vereinigten Staaten. Die Industrialisierung beschleunigte die Konzentration und Expansion von Kapital, das nun lukrative Anlagemöglichkeiten und neue — notfalls auch fremde — Märkte suchte. Stellvertretend für die Imperialisten hatte Theodore Roosevelt, noch bevor er 1901 Präsident wurde, offen erklärt: »Ein gerechter Krieg ist für die Seele des Menschen besser als der Frieden im größten Wohlstand.«

Grundsätzlich ist Vorsicht geboten, in der Geschichte mit Analogien zu verfahren. Dennoch scheint es, dass gewisse Analogien zwischen zwei Dekaden sehr überlegenswert, gar statthaft sind — in dem Sinne nämlich, dass sie Zäsuren bedeuteten: das Jahrzehnt von 1890 bis 1900 sowie jenes zwischen 1990 und 2000. Beide Dekaden waren Phasen bedeutsamer politischer Umbruchprozesse: Ging es im ersten Fall um den Widerstreit zwischen »Isolationisten« und »Interventionisten« bzw. »Imperialisten«, so hat der zweite Fall mit einem neuen, imperial aufgeladenen Unilateralismus zu tun.

Der Widerstreit zwischen Isolationisten und Imperialisten

Vor gut hundert Jahren entbrannte in den USA ein Streit um die politische Zukunft des Landes. Die Frage war: Sollten die Amerikaner Kolonien erobern oder sich mit ihrem eigenen großen Land zufrieden geben?

»Wir müssen unserem Blut gehorchen und neue Märkte und, wenn nötig, neue Gebiete in Besitz nehmen.« Dies verkündete ein Befürworter der Kolonialpolitik, während die Gegner für außenpolitische Zurückhaltung plädierten. Zu ihnen ge-

hörte Samuel Langhorne Clemens, uns besser bekannt als Mark Twain, Autor solcher Bestseller wie »Die Abenteuer des Huckleberry Finn« und »Tom Sawyers Abenteuer.« Als Journalisten von dem 65 jährigen Schriftsteller wissen wollten, ob er tatsächlich Anti-Imperialist sei, antwortete er: »Sie fragen mich, was Imperialismus bedeutet. Ich genieße nicht den Vorteil, genau zu wissen, ob sich unser Volk über den gesamten Globus ausbreiten will. Strebte es danach, würde ich das sehr bedauern. Ich hingegen meine, es ist weder klug noch eine notwendige Entwicklung, in China oder in anderen Ländern, in denen wir nichts zu suchen haben und die uns nicht gehören, Flagge zu zeigen.«

Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren amerikanische Siedler bis an die Westküste vorgedrungen. Seit etwa 1890 wurde es laut um den Stillen Ozean. Die Weite dieses größten Weltmeeres beflügelte weit-schweifende, zunehmend hitzigere Debatten: Sollten die Amerikaner dieses Meer — mit Berufung auf den Herrn — zur amerikanischen See machen? Diese Streitfrage spaltete die Vereinigten Staaten in so genannte »Isolationisten« und »Interventionisten« oder auch »Imperialisten«. Ersterer meinten, die USA genügten sich selbst und ihr Territorium stelle einen ausreichend großen Binnenmarkt dar. Die Befürworter eines »Imperialismus« waren Leute höchst unterschiedlicher

Provenienz — Geistliche, Politiker, Geschäftsleute und auch Intellektuelle -, die im Wettstreit mit den europäischen Kolonialmächten ja nicht zu kurz kommen wollten.

Der amerikanische Historiker Richard Hofstadter hat in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Politik und Gedankenwelt in den Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts analysiert und gezeigt, wie sehr die amerikanische Politik von einem unerschütterlichen Sendungsbewusstsein bestimmt wurde. Hofstadter, Professor an den Columbia University in New York, beschreibt die tiefe psychische Krise, die das Land seit 1890 erfasste, als die Expansion der Binnengrenzen abgeschlossen war. In jenen Tagen trieb Politiker, Intellektuelle und Geschäftsleute gleichermaßen die Angst um, nun buchstäblich an ihre eigenen Grenzen gestoßen zu sein.

Der Aufstieg der USA zur führenden Kolonialmacht

Der einzige ernst zu nehmende Konkurrent der aufstrebenden

Der Autor, Politikwissenschaftler und Publizist, arbeitet seit Ende der sechziger Jahre schwerpunktmäßig zu Südost- und Ostasien. Seit Oktober 2003 ist er Vorstandsvorsitzender des Korea Verbandes e.V. im Asienhaus.

Vereinigten Staaten war Spanien, das sich seit dem 16. Jahrhundert in Südamerika, in der Karibik und in den Philippinen als Kolonialmacht festgesetzt hatte. Um 1900 jedoch war Spaniens Imperium bereits beträchtlich geschrumpft, frühere Kolonien wie Mexiko und Argentinien längst unabhängig. Lediglich Puerto Rico, Kuba, die Insel Guam und die Philippinen befanden sich noch in spanischem Besitz. Doch auch in diesen Regionen schwächten antikoloniale Revolten die einst sieggewohnten Konquistadoren; die Herrschaft brutaler Militärs und raffgieriger Mönchsorden wankte, zudem war die spanische Flotte hoffnungslos veraltet. So wunderte es nicht, dass die von den USA so zu sagen vor ihrer Haustür gesuchte Konfrontation mit dem iberischen Rivalen — der Spanisch-Amerikanische Krieg — nicht einmal vier Monate dauerte.

Innerhalb weniger Wochen erlangten US-amerikanische Marineverbände und Bodentruppen die Oberhoheit über Kuba und verleibten sich Puerto Rico ein. Gleichzeitig annectierten sie im Pazifik das bisher unabhängige Hawaii, die Insel Guam und die Philippinen. Die Hoffnungen der antispanischen Revolutionäre, die mächtigen USA stünden ihnen in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit zur Seite, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil: Die Vereinigten Staaten avancierten selbst zu einer Kolonialmacht.

Ein glühender Befürworter des »Imperialismus« war der junge Senator Albert Jeremiah Beveridge. Seine politische Karriere verdankte er feurigen Plädoyers für die Annexion der Philippinen. Am 9. Januar 1900 präzierte der Republikaner sein Weltbild in einer Rede vor dem US-Kongress: »Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermesslichen Märkte. Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.«

Imperialisten wie Senator Beveridge interessierte nicht, dass der philippinische General und Revolutionär Emilio Aguinaldo bereits am 12. Juni 1898 die erste Republik Asiens ausgerufen hatte. Pech für die Filipi-

nos; diese Unabhängigkeit war kurzlebig, weil sie in ein politisches Machtvakuum fiel. Die Fernostflotte der U.S. Navy hatte zwar einige Wochen zuvor binnen weniger Stunden des 1. Mai 1898 die maroden spanischen Kriegsschiffe in der Manila-Bucht außer Gefecht gesetzt. Doch erst Ende Juni betraten US-amerikanische GIs philippinischen Boden — faktisch also ein unabhängiges Land.

Die Politik der »benevolent assimilation«

Der damalige amerikanische Präsident William McKinley begründet in einer Ansprache an eine Gruppe protestantischer Geistlicher, warum sich die USA der philippinischen Inseln bemächtigt.

»In Wahrheit wollte ich die Philippinen nicht, und als wir sie als Geschenk der Götter bekamen, wusste ich nichts mit ihnen anzufangen. Ich lief Abend für Abend bis Mitternacht im Weißen Haus umher; und ich schäme mich nicht zu gestehen, dass ich niederkniete und den Allmächtigen mehr als einmal um Licht und Führung anging. Und eines Abends spät dämmerte es mir: Erstens, dass wir sie nicht an Spanien zurückgeben könnten — das wäre feige und unehrenhaft; zweitens, dass wir sie nicht Frankreich oder Deutschland — unseren Handelsrivalen im Osten — übergeben konnten — das wäre schlechter Geschäftsstil und diskreditierend; drittens, das uns nichts übrig blieb, als sie zu übernehmen und mit der Gnade Gottes das Allerbeste für sie zu tun, unsere Mitmenschen, für die Christus auch gestorben ist. Und dann ging ich zu Bett und schlief gut.«

Mit dieser Offenbarung — einer Mischung aus Kapitalismus, Rassismus und Überlegenheitswahn — leugnete der Präsident schlichtweg die knapp 350jährige Kolonialherrschaft des christlichen Spaniens. Geleugnet wurden auch die eigenen imperialistischen Interessen und fortan verbrämt als *benevolent assimilation*. Zu dieser »wohlwollenden Assimilierung« gehörte auch, dass die neuen Besatzer auf den Philippinen das amerikanische Englisch als Amtssprache im Bildungs-, Ge-

schäfts- und Verwaltungsbereich durchsetzten. Außerdem bauten die US-Militärs dort die größten Stützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten auf und schufen unter dem Befehl des amerikanischen Generals Arthur MacArthur eine philippinische Armee. Die allerdings musste sich damit begnügen, für die US-Streitmacht im Lande Hilfsdienste als Späher, Träger oder Informanten zu leisten.

Die amerikanischen Militärs betraten im Sommer 1898 ein unabhängiges Land, die erste freie Republik Asiens. Die Bevölkerung leistete auch den neuen Kolonialherren erbitterten Widerstand. Um diesen zu brechen, begannen amerikanische Truppen mit der so genannten »Befriedung« der Inseln: Die Folge war der Amerikanisch-Philippinische Krieg. Er begann im Februar 1899 und endete nach der offiziellen Geschichtsschreibung dreieinhalb Jahre später. Im Süden der Philippinen, in der Sulu-See und auf der Insel Mindanao, deren Bevölkerung vorwiegend muslimisch war und die die Spanier abschätzig »Moros« genannt hatten, dauerte die amerikanische »Befriedung« bis 1916.

»Es wird notwendig sein,« heißt es beispielsweise im Jahresbericht 1903 des US-Divisionskommandeurs Generalmajor George W. Davis, »nahezu sämtliche Bräuche auszumerzen, welche bislang das Leben der Moros auszeichneten. Solange der Mohammedanismus vorherrscht, kann der angelsächsischen Zivilisation nur mühsam der Weg geebnet werden.«

In einem der größten Kolonialmassaker in Südostasien wurden mindestens 250.000 Filipinos niedergemetzelt, andere Schätzungen sprechen sogar von einer Million — Männer, Frauen und Kinder.

Scharfe politische Proteste gegen den Krieg in den Philippinen hagelte es auch seitens der rührigen Antiimperialistischen Liga. Vizepräsident war von 1901 bis zu seinem Tode 1910 der mittlerweile berühmte Schriftsteller Samuel Langhorne Clemens alias Mark Twain. Er begründete seine Haltung mit den Worten: »Noch vor einem Jahr war ich kein Antiimperialist. Ich dachte, es sei eine großartige Sache, den Filipinos ein großes Stück an Freiheit zu geben. Heute allerdings glaube ich, es ist

besser, dass die Filipinos sich selbst darum kümmern.«

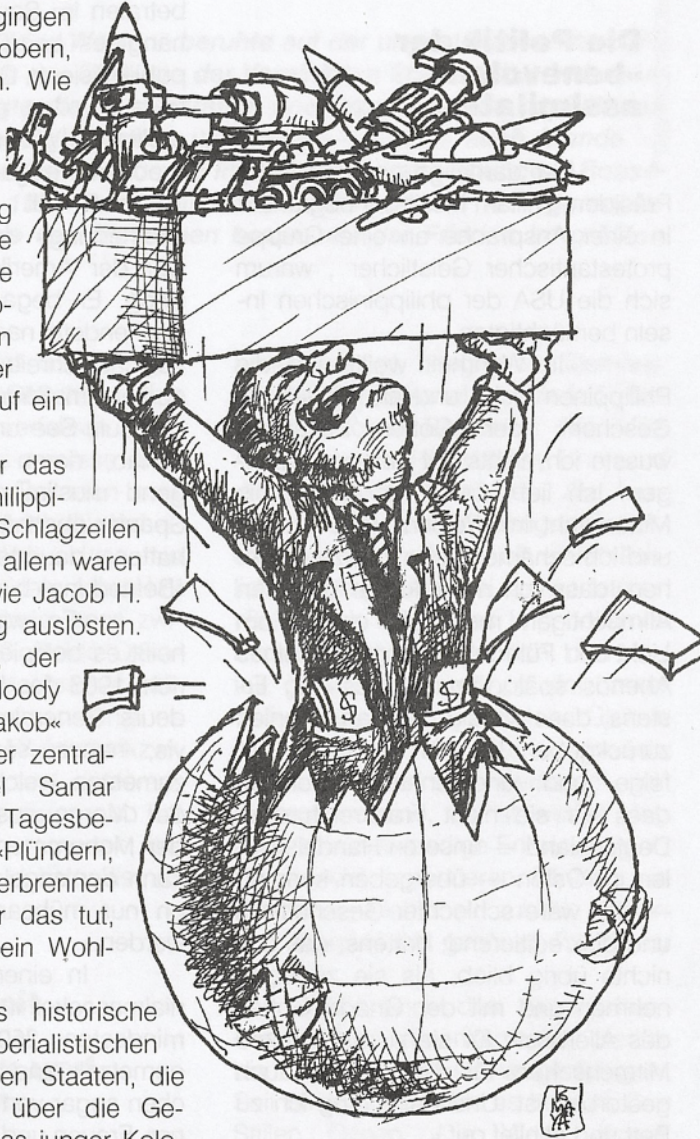
Im *New York Herald* schrieb Mark Twain über den Friedensvertrag von Paris, durch dessen Kolonialschacher die Philippinen als ehemalige spanische Kolonie in amerikanisches »Eigentum« übergegangen waren: »Sehr sorgfältig habe ich den Vertrag von Paris gelesen, und ich erkannte, dass wir keineswegs beabsichtigen, die Philippinen zu befreien, sondern deren Bevölkerung zu unterwerfen. Wir gingen dorthin, um zu erobern, nicht um zu erlösen. Wie ich es sehe, sollte es unsere Freude und unsere Pflicht sein, die Bevölkerung zu befreien und sie ihre eigenen Probleme auf ihre eigene Art lösen zu lassen. Ich bin dagegen, dass der Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt.«

Berichte über das Gemetzel in den Philippinen machten auch Schlagzeilen in der US-Presse. Vor allem waren es Kommandanten wie Jacob H. Smith, die Empörung auslösten. Dieser Befehlshaber, der den Spitznamen »Bloody Jake« — »Blutiger Jakob« — trug, hatte auf der zentralphilippinischen Insel Samar unter anderem den Tagesbefehl ausgegeben: »Plündern, morden und niederbrennen sollt Ihr. Je mehr Ihr das tut, desto größer wird mein Wohlgefallen sein.«

Es war das historische Verdienst der Antiimperialistischen Liga in den Vereinigten Staaten, die eigene Bevölkerung über die Geschehnisse in Amerikas junger Kolonie in Asien zu informieren. Vor allem der prominenteste Vertreter der Liga, Mark Twain, galt im letzten Jahrzehnt seines Lebens als einflussreichster Antiimperialist. Nicht nur in Zeitungsartikeln, auch in seiner Autobiographie ging der berühmte Schriftsteller hart mit den Imperialisten unter seinen Landsleuten zu Gericht. Der Wahlspruch unseres Landes ist »In God we trust« und jedes mal, wenn wir dieses schöne Wort auf einer Dollarmünze lesen, scheint es, als bebte und winselte es vor Rüh-

rung. Das ist unser öffentliches Motto. Unser privates ist offenbar: »Wenn der Angelsachse etwas haben will, nimmt er sich's einfach.«

Dass der Autor des »Huckleberry Finn« so vehement gegen die politische Führung seines Landes opponierte, war seinen — letztlich mächtigeren — Gegnern ein Dorn im Auge. Diese setzten nach dem Tod des begnadeten Schriftstellers und glühenden Demokraten alles



daran, das letzte Jahrzehnt seines Schaffens im Gedächtnis seiner breiten Leserschaft und Bewunderer zu tilgen. Die meisten Biographien über Mark Twain klammern seine aktive Zeit in der Liga einfach aus.

Im Sommer 1946 gewährten die USA den Philippinen schließlich die formale Unabhängigkeit, sie schrieben aber in zahlreichen Verträgen fest, dass ihre Interessen dort gewahrt bleiben müssten bis auf den heutigen Tag.

Die Pentagon-Papiere und das »Kreuzzugsdenken«

Kaum war das Kolonialkapitel abgeschlossen, sah sich die Regierung der USA gezwungen, ihre Einflussphären in Südost- und Ostasien zu wahren. So kam es nach dem Krieg in Korea, mit dem Vietnamkrieg zum zweiten »heißen« Konflikt im Kalten Krieg. Um eine Machtübernahme der Kommunisten in Südvietnam zu verhindern, bombardierten US-Streitkräfte das kommunistische Nordvietnam und auch den Süden des Landes.

Die Hintergründe dieses mörderischen Zerstörungswerks kamen 1971 ans Licht: in der Sonntagsausgabe der *New York Times* vom 13. Juni 71. In ihr erschien der erste Teil einer Serie über die so genannten Pentagon-Papiere. Ihre Veröffentlichung erschütterte die Regierung des amtierenden US-amerikanischen Präsidenten Richard M. Nixon in ihren Grundfesten. Die Pentagon-Papiere waren von Nixons Verteidigungsminister Robert McNamara in Auftrag gegeben worden. Es handelte sich dabei um streng geheime Dokumente zur amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In ihnen kam eine Haltung zum Ausdruck, die der Politiker J. William Fulbright als *Kreuzzugsdenken* bezeichnete.

Mit Blick auf den Krieg in Vietnam und den mörderischen Kampf gegen die kommunistischen Vietkong schrieb Senator Fulbright: »Wenn wir den Kommunismus als böse Philosophie sehen, so blicken wir durch ein verzerrendes Prisma, durch das wir eher Projektionen unserer eigenen Ansichten wahrnehmen, als das, was in Wirklichkeit da ist. Wenn wir durch dieses Prisma blicken, dann sehen wir die Vietkong, die Dorfältesten die Kehlen durchschneiden, als grausame Mörder; die amerikanischen Piloten aber, die Frauen und Kinder mit Napalm anzünden, sehen wir als tapfere Freiheitskämpfer (...)«

Die Pentagon-Papiere bewiesen, dass die USA den Krieg in Vietnam systematisch auf die neutralen Nachbarländer Laos und Kambodscha ausweiteten, die Regierung in Washington wollte den Nachschub

für nordvietnamesische Truppen unterbinden und verhindern, dass auch diese Länder kommunistisch würden. Eine ganze Region wurde jahrelang mit Krieg überzogen, einzig und allein um die US-amerikanische — auch ökonomische — Vorherrschaft durchzusetzen.

Während der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara später wenigstens einsah, er habe sich in der Vietnam-Politik — so wörtlich: »geirrt, schrecklich geirrt«, betrieb der Außenminister Henry Alfred Kissinger auch nach der schmachvollen Niederlage der USA in Vietnam unbekümmert eine Politik, die der *International Herald Tribune* als »Kissingerschen Realismus« charakterisierte.

Zeitgleich putschte sich im Oktober 1965, Indonesiens starker Mann, Ex-General Suharto an die Macht und errichtete ein militärisches Terrorregime. Sein Vorgänger, der charismatische Staatsgründer Ahmed Sukarno, war nicht nur ein vehementer Befürworter der so genannten Bewegung der Blockfreien Länder. Sukarno distanzierte sich auch schrittweise vom Westen und galt dort fortan als Sicherheitsrisiko.

Suhartos drakonischem Regime fielen bereits bis Ende 1966 mindestens eine halbe Million Menschen zum Opfer, andere Quellen sprechen von weit über einer Million Getöteter.

Wie aus den Dokumenten hervorgeht, übermittelte der damalige US-Botschafter in Jakarta, Marshall Green, den indonesischen Sicherheitskräften Namenslisten von führenden Kadern der kommunistischen Partei Indonesiens, der PKI, die ermordet werden sollten. Über die Exekutionen wurde akribisch Buch geführt. Im Hintergrund dieser Amtshilfe aus Washington bei den Massakern in Indonesien 1965/66 standen Interessen der USA. Indonesien war schließlich das größte und bevölkerungsreichste Land Südostasiens. Es sollte unbedingt in den Einflussbereich des Westens gelangen, ohne dass man ein zweites Vietnam riskierte. Das erforderte die — notfalls auch physische — Liquidierung der PKI, die damals nach der Kommunistischen Partei Chinas und der KPdSU die weltweit drittgrößte kommunistische Partei war.

»Die neue Zufluchtsstätte für Terroristen«

Heute ist die Region Südostasien aus der Sicht der US-amerikanischen Militärs und außenpolitischen Strategen — wörtlich: »die neue Zufluchtsstätte für Terroristen«. Allein auf den Philippinen, wo im Januar 2002 nach Afghanistan die »zweite Front im Kampf gegen den internationalen Terrorismus« eröffnet wurde, sind bereits knapp 2.000 Soldaten im Süden des Inselstaates stationiert. Wer diesen Kampf nicht unterstützt und sich der Propaganda für ihn verweigert, gilt hüben wie drüben bereits als Sympathisant des Terrors, bestenfalls als »anti-amerikanisch«.

Lebte Mark Twain heute noch, hätte er als selbst erklärter Anti-imperialist schlechte Karten. Als Schriftsteller und streitbarer Publizist würde er öffentlich kaum wahrgenommen oder er wäre wahrscheinlich längst zensiert worden.

Vom Imperialismus zum Unilateralismus: America first

»Aus diesen schwierigen Zeiten kann (...) eine neue Weltordnung hervorgehen: Eine neue Ära, freier von der Bedrohung durch Terror, stärker in der Durchsetzung von Gerechtigkeit und sicherer in der Suche nach Frieden. Eine Ära, in der die Nationen der Welt im Osten und Westen, Norden und Süden prosperieren und in Harmonie leben können. (...) Heute kämpft diese neue Welt, um geboren zu werden, eine Welt, die völlig verschieden ist von der, die wir kannten. Eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes das Faustrecht ersetzt (...) eine Welt, in der der Stärke die Rechte des Schwachen respektiert.«

Mit diesen Worten verkündete der frühere US-Präsident George Herbert Walker Bush, der Vater des heute amtierenden Chefs im Weißen Haus, am 11. September 1990 die so genannte *Neue Weltordnung* — auf den Tag genau elf Jahre vor den Terroranschlägen gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington.

Die Neue Weltordnung, die Präsident Bush Senior ausmalte,

sollte die Schwachen schützen und das »Gleichgewicht des Schreckens« beenden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren viereinhalb Jahrzehnte vom Kalten Krieg und der Konfrontation zwischen West und Ost geprägt. Beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion, drückten ihren jeweiligen Einflussphären den Stempel auf und ließen — wie in Mosambik, Angola oder Afghanistan — notfalls blutige Stellvertreterkriege führen.

Die Machtbalance funktionierte, solange beide Seiten stillschweigend die Regel befolgten, nicht im Revier des Anderen zu wildern. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der kommunistischen Regime änderte die Situation. Die USA sahen sich nun als unanfechtbare Weltmacht.

»Zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren,« frohlockt John Lewis Gaddis, Geschichtspräsident an der Yale University und Autor zahlreicher Publikationen über die Ära des Kalten Krieges, »zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren stellt keine Großmacht oder Machtgruppe mehr eine eindeutige Gefahr dar für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten.« Um diesen Sieg dauerhaft auskosten zu können, arbeiteten Militärstrategen und Politiker in Washington umgehend Pläne aus, wie dieser Erfolg zu sichern sei. Schon 1991 veröffentlichte die Regierung von Bush Senior ihren »Base Force Review«. Im Kern beinhaltete dieses Strategiepapier Folgendes: Galt bis dahin das »Anderthalb-Kriege-Konzept«, das neben einem größeren Konflikt mit der Sowjetunion oder der Volksrepublik China eine begrenzte Militäroperation als machbar ihn Betracht zog, sollten fortan zwei größere regionale Konflikte — notfalls gleichzeitig — führbar sein. Bis zum Ende von Präsident Bill Clintons Amtszeit Anfang 2001 blieb diese Strategie gültig. Das änderte sich unter seinem Nachfolger.

Der Beitrag wurde redaktionell bearbeitet und gekürzt von Babak Tavassoli.